

Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung
und Forschung WBF
Herr Bundesrat Guy Parmelin
3003 Bern

per Mail an:
vernehmlassungen@sbfi.admin.ch

Bern, 3. April 2023

Vernehmlassungsantwort zum Bundesgesetz über Aufgaben, Organisation und Finanzierung der Schweizerischen Agentur für die Förderung von Austausch und Mobilität (Movetiagesetz)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Besten Dank für die Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) unterstützt die vorgeschlagene Umwandlung der Schweizerischen Stiftung für die Förderung von Austausch und Mobilität SFAM / «Movetia» von einer privatrechtlichen Stiftung hin zu einer **öffentlich-rechtlichen Anstalt des Bundes** mit eigener Rechtspersönlichkeit. Gerne erläutern wir nachfolgend unsere wichtigsten Anliegen im Zusammenhang mit dem Gesetzesentwurf:

- **Übernahme des bisherigen Personals:** Wie im erläuterten Bericht festgehalten, sollen alle bisher angestellten Mitarbeitenden von der neuen öffentlich-rechtlichen Anstalt übernommen werden.
- **Anstellungsbedingungen nach Bundespersonalgesetz (BPG):** Der SGB begrüsst, dass die Movetia-Mitarbeitenden zukünftig nach den BPG-Bestimmungen angestellt und bei der Pensionskasse PUBLICA versichert sein sollen.
- **Mitwirkung der Arbeitnehmer:innen, Einbezug der Personalverbände und Pflege der Sozialpartnerschaft:** Zentral ist, dass die Mitarbeitenden bei der Ausgestaltung der neuen Personalverordnung miteinbezogen sind und ihre Mitwirkungsrechte umfassend wahrnehmen können. Ein Einbezug der Personalvertretung muss sichergestellt sein. Bei personalrelevanten Geschäften und Verordnungsänderungen sind die Personalverbände jeweils frühzeitig zu konsultieren. Zudem soll Movetia vor der Beschlussfassung über den Teuerungsausgleich sowie allfällig weiterer Lohnmassnahmen mit den Personalverbänden verhandeln. Bei der Vorbereitung der vierjährigen strategischen Ziele von Movetia sollen die Personalverbände zur Stellungnahme eingeladen werden und es soll ein regelmässiger Austausch zwischen Movetia und den Personalverbänden gepflegt werden.

- **Vollassoziierung an die europäischen Rahmenprogramme, konkret: ERASMUS+:** Die Gesetzesgrundlage für die neue öffentlich-rechtlichen Anstalt des Bundes muss so ausgestaltet sein, damit sie den europäischen Vorgaben für nationale Agenturen entspricht (eigene Rechtspersönlichkeit, gewisse Unabhängigkeit von den zuständigen Bundesstellen, Verfügungskompetenz) und damit eine möglichst rasche Vollassoziierung an ERASMUS+ ermöglicht.
- **Genügend Mittel zur Umsetzung und Erreichung der Ziele:** Parallel zum Gesetzesentwurf ist es wichtig, sicherzustellen, dass die finanziellen Mittel für die Erreichung der gesteckten Ziele in der Kultur- und BFI-Botschaft 2025-2028 zur Verfügung stehen. Die Nachfrage der Bildungsakteure steigt und die finanzielle Unterstützung muss an die sozioökonomischen Umstände angepasst werden, damit sämtliche jungen Menschen in Ausbildung die gleichen Chancen haben. Der SGB unterstützt das Ziel der nationalen Strategie, dass alle jungen Menschen in der Schweiz im Laufe ihrer Ausbildung mindestens einmal an einem Austausch- und Mobilitätsprojekt teilnehmen, muss aber feststellen, dass die Schweiz im internationalen Vergleich hier im Rückstand liegt.
- **Nationale Harmonisierung anstreben:** Der SGB begrüsst es, dass explizit als transversales Ziel des Bundes verankert werden soll, dass Movetia auch die Kantone bei ihren eigenen Austausch- und Mobilitätsaktivitäten und die Koordination mit ihnen unterstützen kann. Dies im Interesse der teilnehmenden Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen, die über die ganze Schweiz gesehen von möglichst einheitlich ihre Rechte auf Förderung wahrnehmen können sollen (Auftrag zur Koordination zwischen Bund und Kantonen bei der Förderung des Bildungsraumes Schweiz > Harmonisierung im Sinne der Chancengerechtigkeit).
- Den bundesrätlichen Entscheid zur Integration von zusätzlichen Aufgaben im Zusammenhang mit den Schweizer Schulen im Ausland (Rekrutierung und Anstellung über ein öffentlich-rechtliches Arbeitsverhältnis) durch die neue Bundesanstalt «Movetia» ist explizit nicht Teil der aktuellen Vernehmlassungsvorlage, wir erwarten jedoch eine rasche Prüfung, damit die betroffenen Mitarbeitenden möglichst bald Klarheit haben, zu welchen Konditionen sie künftig angestellt sind.

Wir danken Ihnen herzlich für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard
Präsident



Nicole Cornu
Zentralsekretärin